

Verfassungsschutz: Zahl der Linksextremisten steigt deutlich

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang haben den neuen Verfassungsschutzbericht vorgestellt und natürlich auch die Bereiche des Linksextremismus thematisiert. Die Zahl der Linksextremisten ist im vergangenen Jahr deutlich angestiegen: von 29.500 Personen im Jahr 2017 auf 32.000 im vergangenen Jahr. Die Anzahl gewaltorientierter Linksextremisten liegt nach wie vor bei 9000 Personen. Aktuell zeigt sich vor Beginn der weltgrößten Automesse die Gefahr durch diese Personen deutlich. Sie formieren sich, um Klimaschutz und Mobilität für ihre Zwecke zu kapern. Es ist ein Muster, das die Sicherheitsbehörden bereits von den Anti-Kohle-Protesten kennen. Die Organisatoren der Autoshow nehmen die Drohungen sehr ernst. Bei der Messe-Gesellschaft in Frankfurt bereitet man sich ebenfalls auf gewaltbereite Protestierende vor. Veranstalter erwarten den „Schwarzen Block“, der für seine hohe kriminelle Energie bekannt ist und vor Straftaten nicht zurückschreckt.



Bereits vorher ist der Migrant erheblich aufgefallen, als er das ganze Dorf terrorisiert haben soll. Die Bewohner des Ortes riefen schon zigmal die Polizei wegen des Manns. Mehrere Anwohner zeigten ihn an, wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung. Ein Anwohner erzählt, dass Jackson B. Ende April mit seinem älteren Bruder zusammen wahllos Autofahrer angriff. Trotzdem wurde er weder inhaftiert, noch abgeschoben. Zumindest hätte so die nachfolgende Tötung verhindert werden können. Der tödliche Stoß vor einen einfahrenden Zug im niederrheinischen Voerde kam für das Opfer wohl völlig überraschend. Der Täter soll sich der 38-jährigen Mutter wortlos von hinten genähert haben, erzählten Zeugen der Polizei. Dann habe er sie auf das Gleis gestoßen, grundlos und weil er gerade dazu Lust hatte.

Das 100.000 Asylbewerber-Jobs Fiasko der Bundesregierung

Mit dem Programm „Flüchtlings-integrationsmaßnahmen“ wollte die Bundesregierung 100.000 einfache Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber pro Jahr schaffen, etwa Putz- oder Hausmeisterjobs. Doch seit 2016 bekamen insgesamt nur 32.000 Migranten Arbeit. Auf dem bisherigen Höhepunkt der Masseneinwanderung verkündete die damalige Bundesarbeitsministerin Nahles ihr groß angelegtes Programm. Während die Migranten auf den Ausgang ihres Verfahrens warteten, sollten sie einfache Arbeiten in den Asylunterkünften oder bei Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen verrichten: Putzen, Rasenmähen, Hausmeister-tätigkeiten. Die Kosten beliefen sich bereits nach damaligen Schätzungen auf 450 Millionen Euro. Dann folgte die Realität und diese war meilenweit von dem entfernt, was die Zuwanderungsparteien der Bevölkerung vermittelt haben, denn das Interesse an den Tätigkeiten war wohl gering und der Bezug von staatlichen Leistungen zu verlockend.

AKK löst von der Leyen als Verteidigungsministerin ab

Der eine Merkel-Klon geht und der nächste folgt. Die neue CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer wird Verteidigungsministerin und löst damit von der Leyen ab, die natürlich wirtschaftlich sehr weich fällt und neue EU-Kommissionspräsidentin wird.

Dies kommt insofern relativ überraschend, als dass sich die 56-jährige Kramp-Karrenbauer nach der Nominierung von der Leyens vor zwei Wochen eindeutig und unmissverständlich gegen einen Eintritt ins Kabinett positioniert hatte. Auf die damalige Frage gegenüber Medienvertretern, ob sie Ministerin werden würde, falls von der Leyen nach Brüssel wechseln sollte, antwortete Kramp-Karrenbauer wörtlich: „Ich habe mich bewusst

entschieden, aus einem Staatsamt in ein Parteiamt zu wechseln. Es gibt in der CDU viel zu tun.“

In Präsidiumskreisen der CDU wurde diese Nachricht natürlich gefeiert und von einem starken Signal von Kramp-Karrenbauer gesprochen. Etwas anderes ließ sich medial auch nur schwer verkaufen.

Wie wechselhaft Kramp-Karrenbauer ist und was sie noch kürzlich gegenüber der Presse mitgeteilt hat, war schnell vergessen. Glaubwürdigkeit ist bei den Altparteien eben kaum noch auffindbar. Nachdem sie wochenlang einen Regierungseintritt ausgeschlossen hat, wird nun ausgerechnet sie Verteidigungsministerin. Nicht ohne Grund wird bereits jetzt davon ausgegangen, dass Ihre Zeit

nach den Landtagswahlen im Herbst bereits abgelaufen sein wird. Kanzlerin und Union zeigten damit erneut, dass sie die Belange der Bundeswehr nicht im Geringsten interessieren. Anders lässt es sich kaum erklären, warum die bereits gebeutelte Bundeswehr für Personal-spielchen missbraucht wird, anstatt die Missstände endlich zu beheben.

Verteidigungspolitisch ist Kramp-Karrenbauer bislang kaum in Erscheinung getreten. Ob und welche Qualifikationen sie für dieses Amt mitbringt ist weiteren Teilen der Bevölkerung unklar. Letztendlich wird diese Tätigkeit wieder über einen Beraterstab erfolgen, den AKK nur repräsentiert.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Islamisten als Sicherheitsmitarbeiter

Wenn ausgerechnet Islamisten in sensiblen Bereichen tätig sind und erst die Presse auf diese Personen aufmerksam wird, dann steht es wahrlich schlecht um den Schutz von Besuchern des Stadions. Zwei Sicherheitskräfte, die für den SC Paderborn und Werder Bremen tätig waren, sollen Kontakte zu gewaltbereiten Islamisten gehabt haben. Nach Recherchen des Westdeutschen Rundfunks haben zwei Islamisten noch vor kurzem für eine Paderborner Sicherheitsfirma in Bundesliga-Stadien gearbeitet. Bei den Männern handelt es sich um tschetschenische Brüder, die auf ihren Instagram-Accounts Fotos von sich in Arbeitsmontur in den Bundesliga-Stadien gepostet hatten. Die Fotos sind mittlerweile von den Profilen verschwunden. In der Instagram-Story eines der beiden Männer kann man ihn jedoch in Sicherheitsmontur von hinten in der Westkurve des Weserstadions stehen sehen. Beide Sicherheitsleute sollen schon vor Jahren gemeinsam mit ihrem Vater bei Koran-Verteilaktionen mitgewirkt haben. Fotos, die auch im Internet zu finden sind, zeigen die Familie mit gewaltbereiten Gefährdern, die später untergetaucht und ausgeweicht waren. Schon als Jugendliche sollen sie demnach Kontakt zu Islamistenkreisen gehabt haben.

Werder hat unterdessen Stellung zu den Berichten genommen und mitgeteilt, dass angeblich alle Überprüfungen erfolgt seien. Offenbar aber nicht aufmerksam genug, denn sonst wäre bei einem Besuch der Internetprofile sehr schnell aufgefallen, um welche Personen es sich wirklich handelt. Mittlerweile befasst sich der Staatsschutz Bielefeld mit den mutmaßlichen Islamisten. Auch er hält sich aus Datenschutzgründen jedoch bedeckt. Die Gewerkschaft der Polizei allerdings ist alarmiert. Er sei erschrocken, so der stellvertretende Bundesvorsitzende Michael Mertens, dass solche Leute große Stadien bewachen. Recht hat er!

Rund 1,8 Millionen sog. "Schutzsuchende" in Deutschland

Rund 1,8 Millionen sogenannte "Schutzsuchende" hielten sich 2018 in Deutschland auf. Dazu zählen Asylbewerber, Bewilligte wie auch Abgelehnte. Die Zahl stieg damit im Vergleich zum Vorjahr erneut an, zuletzt um sechs Prozent und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 101.000, teilte das Statistische Bundesamt mit. Die Zahl erfasst alle Personen, die im Ausländerzentralregister (AZR) registriert sind und die sich unter Berufung auf angeblich humanitären Gründen in Deutschland aufhalten. Nicht erfasst sind damit natürlich die Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten.

In der Aufstellung enthalten waren alle Menschen in einem laufenden oder schon rechtskräftig abgeschlossenen Asylverfahren, darunter auch abgelehnte oder nach Ablauf ihres Schutzstatus' ausreisepflichtige Migranten. Deren Zahl erhöhte sich laut Wiesbadener Bundesamt im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent oder 15.000 auf über 192.000. Diese könnten theoretisch abgeschoben werden. Eine große Mehrheit von 81 Prozent ist nur geduldet. Das bedeutet, dass die Abschiebung ausgesetzt war. Die meisten abgelehnten Schutzsuchenden kamen aus Afghanistan, dem Irak und Serbien.

Insgesamt waren rund 1,3 Millionen aller Asylanten anerkannt und damit aus humanitären Gründen berechtigt, sich in Deutschland aufzuhalten. Das waren elf Prozent oder 129.000 mehr als 2017, die meisten kamen aus Syrien (526.000), Irak (138.000) und Afghanistan (131.000).

EU-Verbot bedroht 6.000 Fußballplätze in Deutschland

Um mögliche Auswirkungen von Kunststoffrasenplätzen auf die Umwelt zu untersuchen, hat der DOSB im Mai eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus Sportverbänden und der Wissenschaft gegründet. Das Ergebnis führte dazu, dass von dem Jahr 2022 an das Gummi-Granulat, das auf diesen Plätzen als Unterlage verwendet wird, nicht mehr zulässig sein wird. Das von der Europäischen Union (EU) geplante Verbot von Mikroplastik könnte die Kunststoffrasenplätze tausender Fußballvereine in Deutschland bedrohen.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, z.B. in Wiesental, am 21.07, um 10.00 Uhr. Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.